



6. Februar 2020

METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE

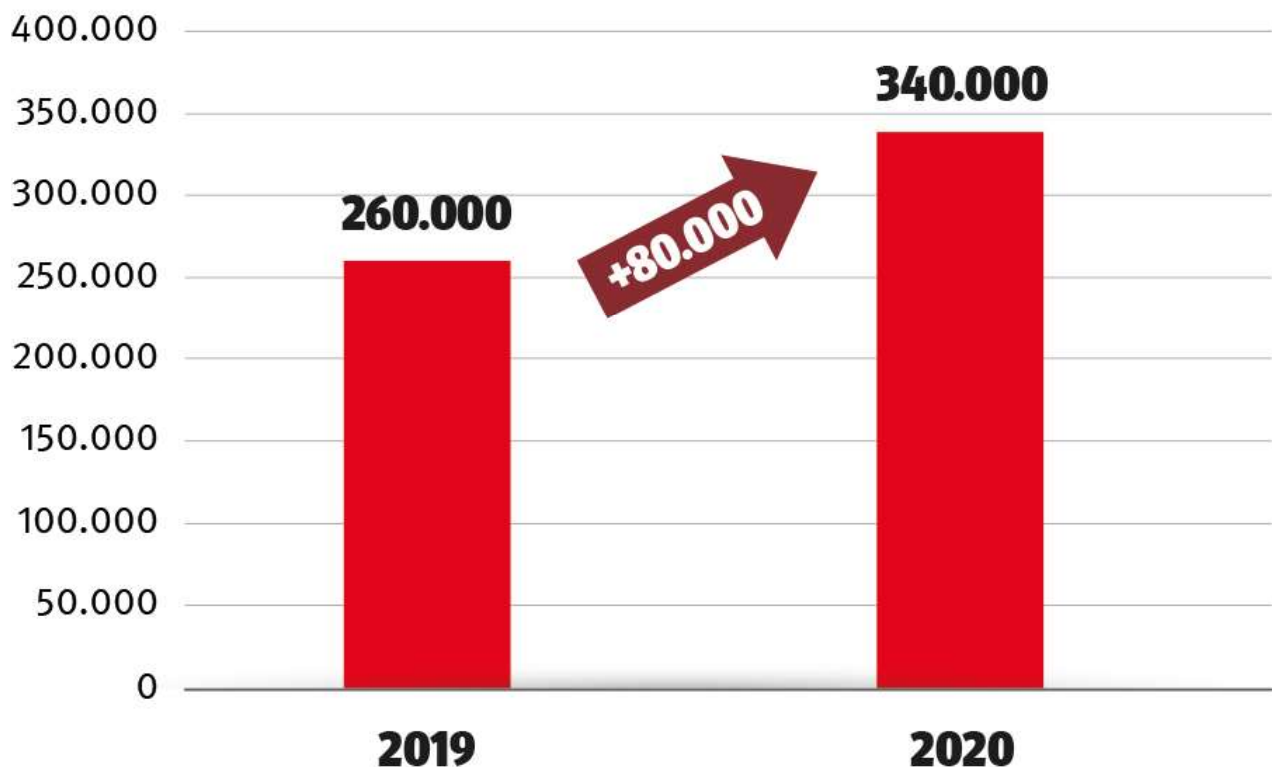
Immer mehr wollen freie Tage statt Geld

Die Option auf freie Tage beim tariflichen Zusatzgeld (T-ZUG) in der Metall- und Elektroindustrie kommt immer besser an: 340 000 Beschäftigte haben für 2020 zusätzliche freie Tage statt Geld gewählt – 80 000 mehr als 2019. Die IG Metall hatte das T-ZUG mit Option auf freie Tage 2018 durchgesetzt.

340 000 Beschäftigte nehmen 2020 zusätzliche freie Tage statt Geld – 80 000 mehr als im Jahr zuvor. Diese Wahlmöglichkeit hatte die IG Metall vor zwei Jahren mit dem neuen tariflichen Zusatzgeld (T-ZUG) in der Metall- und Elektroindustrie durchgesetzt.

„Die Menschen nehmen die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, die wir gemeinsam erkämpft haben, wahr“, betont Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall. „Das ist ganz konkreter Fortschritt durch Tarifpolitik.“

Immer mehr Beschäftigte wollen die 8 zusätzlichen freien Tage

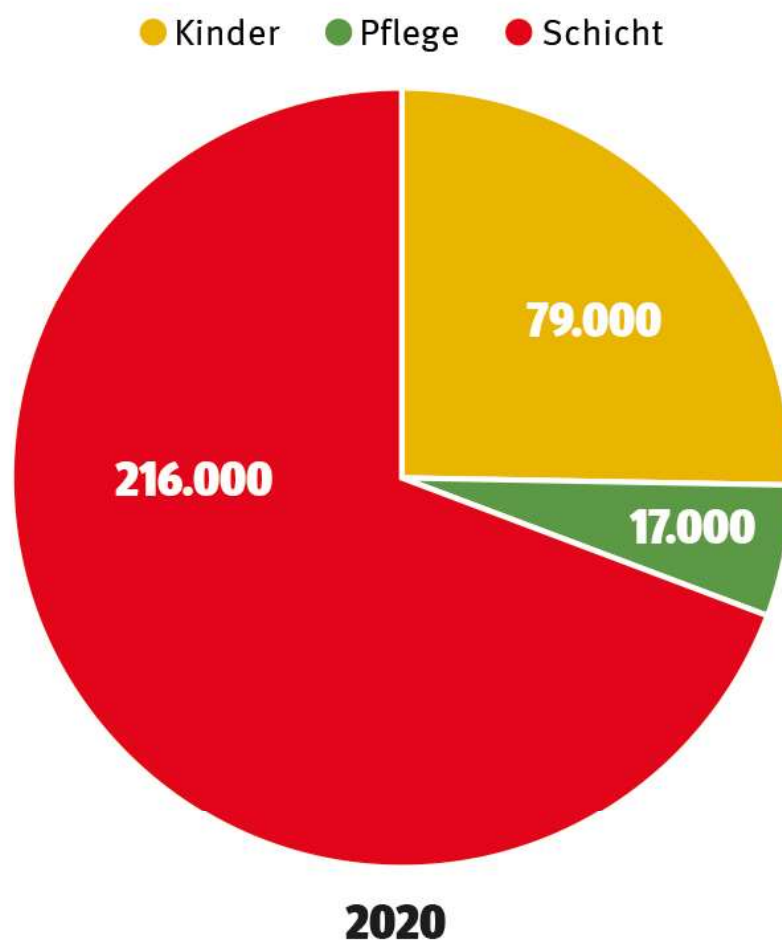


Anträge auf zusätzliche freie Tage statt tariflichem Zusatzgeld (T-ZUG A)

Quelle: IG Metall

Besonders belastete Beschäftigte mit Kindern, zu pflegenden Angehörigen oder in Schichtarbeit haben die Wahl: Statt dem T-ZUG A (27,5 Prozent vom individuellen Monatsentgelt) können sie zusätzliche acht Tage im Jahr frei nehmen. Wobei auch sie einen Teil des tariflichen Zusatzgelds erhalten: den vollen Zusatzbetrag (T-ZUG B) von 12,3 Prozent vom Facharbeiter-Eckentgelt (derzeit etwas über 400 Euro).

340.000 Beschäftigte nehmen die 8 freien Tage in Anspruch wegen...



Quelle: IG Metall

2020 hat sich der Kreis der Anspruchsberechtigten noch einmal erweitert. Bei Wechselschicht galten 2019 als Voraussetzung 15 Jahre Betriebszugehörigkeit und zehn Jahre in Wechselschicht. Ab 2020 sind nur noch sieben Jahre Betriebszugehörigkeit und fünf Jahre in Wechselschicht Voraussetzung für den Antrag auf freie Tage. Den größten Zuwachs gab es entsprechend auch bei den Anträgen von Schichtbeschäftigten mit plus 46 000 (27 Prozent) gegenüber dem Vorjahr. Auch die Anträge wegen Kinderbetreuung erhöhten sich um 24 000 (44 Prozent).